

Medienfreiheit auch in Demokratien bedroht

*Rechtzeitig für eine Auswertung zum UN-Welttag der Pressefreiheit am 3. Mai (*1994) hat Reporter ohne Grenzen seine Weltrangliste der Pressefreiheit veröffentlicht. Die Rangliste vergleicht die Situation für Journalisten und Medien in 180 Staaten und Territorien. Grundlagen sind ein Fragebogen zu allen Aspekten unabhängiger journalistischer Arbeit sowie die von ROG ermittelten Zahlen von Übergriffen, Gewalttaten und Haftstrafen gegen Journalisten. Daraus ergeben sich für jedes Land Punktwerte, die die Platzierung in der Rangliste bestimmen. Die Situation wird auch 2017 auf einer interaktiven Weltkarte bei <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/weltkarte/> abgebildet.*

Spitzenreiter

Traditionell sehr gut platziert sind die skandinavischen Länder (1. Norwegen, 2. Schweden, 3. Finnland, 4. Dänemark, jetzt auch 10. Island). Erstmals seit sechs Jahren steht Finnland nicht auf Platz 1. Ende 2016 stoppte der öffentlich-rechtliche Rundfunk YLE offenbar auf Druck von Ministerpräsident Juha Sipilä seine Berichterstattung zu mutmaßlichen Interessenkonflikten des Politikers. Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen hat der Ministerpräsident 20 E-Mails mit Beschwerden an YLE geschickt. Daraufhin soll die Chefredaktion weitere Berichte unterbunden haben. Zwei Reporter kündigten. Im Frühjahr hatten die Finanzbehörden den Sender unter Androhung von Hausdurchsuchungen aufgefordert, die Panama Papers und alles damit zusammenhängende Material herauszugeben.

Erneut in den Top 10 sind die amerikanischen Staaten Costa Rica (6) und Jamaika (8). Gut platziert sind unter den ozeanischen Staaten Neuseeland (13) und Australien (19). In Neuseeland (-8), das aus den Top 10 herausfiel, kündigte die Regierung 2016 ein Gesetz an, das die Weitergabe von Regierungsinformationen an Medien kriminalisieren könnte und die Überwachungsbefugnisse der Geheimdienste drastisch erweitern würde. In Afrika führen Namibia (24) und Ghana (26), in Asien Taiwan (45, „zufriedenstellende Lage“) und Südkorea (63, „erkennbare Probleme“).

Deutschsprachiges Europa

Bestplatziertes deutschsprachiges Land ist die Schweiz (7) vor Österreich (11) und Deutschland (16). Zu Deutschland heißt es von Reporter ohne Grenzen: „Im vergangenen Jahr waren Journalisten erneut erschreckend vielen tätlichen Angriffen, Drohungen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt. Immer wieder geraten Medienschaffende ins Visier von Strafverfolgungsbehörden oder Geheimdiensten. Bedenklich sind auch gesetzliche Regelungen wie die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung, der neu geschaffene Anti-Whistleblower-Paragraf gegen ‚Daten-

hehlerei‘ und die neue BND-Gesetzgebung.“ Rang 32 für Liechtenstein erscheint erklärungsbedürftig. Allerdings sucht man auf der Website vergeblich. Im Popup-Fenster der interaktiven Weltkarte heißt es: „Das Fürstentum Liechtenstein mit seinen rund 38.000 Einwohnern hat nur wenige eigene Medien. Die meisten Radio- und Fernsehprogramme werden aus Deutschland, Österreich und der Schweiz übernommen. Der Zugang zum Internet ist weit verbreitet, Nachrichtenwebseiten werden vom Staat nicht überwacht.“ Sollte Liechtensteins Problem in der Dominanz ausländischer Medien liegen?

Europa allgemein

Außer den schon genannten haben noch folgende europäische Länder eine „vergleichsweise weiße Weste“ und werden auf der Weltkarte mit weiß für „gute Lage“ gekennzeichnet: die BeNeLux-Staaten, Estland, Irland und die Slowakei. Die anderen Länder fallen in die Kategorien „Zufriedenstellende Lage“ (u. a. Rumänien, Slowenien, Tschechien), „Erkennbare Probleme“ (u. a. Albanien, Ukraine) und „Schwierige Lage“ (u. a. Bulgarien). Signifikant verbessert zeigte sich Italien (52, +25)

Die Pressemitteilung spricht einige europäische Länder ausdrücklich an, und es dürfte kein Wunder sein, dass die Verschlechterungen auch in den Kontext der Populismus-Debatte kommen: „In Großbritannien (40, -2) war feindselige Rhetorik insbesondere gegen die BBC integraler Teil der Brexit-Kampagne. Ein neues Gesetz, das die Überwachungsbefugnisse der britischen Geheimdienste drastisch ausweitet, schützt Journalisten und ihre Informanten nur unzureichend.“ „In Polen (54, -7) hat die nationalkonservative Regierung das öffentliche Fernsehen unter ihre Kontrolle gebracht. Mehr als 220 Journalisten wurden seit dem Machtwechsel im öffentlichen Rundfunk entlassen, zur Kündigung gezwungen oder auf weniger einflussreiche Posten versetzt. Die Regierungspartei PiS will private Medien ‚repolonisieren‘. Regierungskritische Zeitungen stehen unter Druck, seit staatliche Firmen dort keine Anzeigen mehr schalten.“ „Ungarn (71, -4) verschlechtert seinen Platz auf der Rangliste der Pressefreiheit zum vierten Mal in Folge. Im Oktober 2016 kaufte ein regierungsnaher Oligarch den Verlag Mediaworks, zu dem die zwei Wochen zuvor eingestellte Oppositionszeitung Népszabadság sowie zwölf Regionalzeitungen und eine Sporttageszeitung gehören.“

Schlusslichter in Europa sind Russland (148, unverändert), Belarus (153, +4) und die Türkei (155, -4). „Seit dem Putschversuch im Juli 2016 hat die Repression gegen unabhängige Journalisten und Medien ein nie gekanntes Ausmaß erreicht. Rund 150 Journalisten sitzen

im Gefängnis, etwa 150 Medien wurden geschlossen und Hunderte Presseausweise annulliert. Der Medienpluralismus ist weitgehend zerstört, die wenigen noch verbliebenen unabhängigen Medien arbeiten in ständiger Angst. In den vergangenen zwölf Jahren hat sich die Türkei um insgesamt 57 Plätze auf der Rangliste verschlechtert.“

Allgemeine Verschlechterung der Medienrechtslage

In knapp zwei Dritteln der 180 untersuchten Länder hat sich die Situation im vergangenen Jahr verschlechtert. Dabei beklagte die Medienrechtsorganisation erst recht die Verschlechterungen in den als demokratisch geltenden Ländern. Medienfeindliche Rhetorik führender Politiker (USA, Polen, UK), restriktive Gesetze (mehr Überwachungsbefugnisse für Geheimdienste, Gesetze gegen Whistleblowing) und politische Einflussnahme auf Führungsetagen und Medienarbeitende haben auch in Demokratien zu einer Verschlechterung der Lage für Journalisten und Medien beigetragen. Dies sei kein gutes Vorbild, sagte



ROG-Vorstandssprecher Michael Rediske. „Demokratische Regierungen dürfen den Autokraten der Welt nicht durch Überwachungsgesetze oder demonstrative Geringschätzung unabhängiger Medien einen Vorwand für ihre Repression gegen Journalisten liefern.“

Altbekannte Schlusslichter

Mit Burundi beginnen die 21 mit schwarz für „sehr ernste Lage“ eingefärbten Länder, darunter außer den noch später genannten Ländern Ägypten (161), Iran (165) und Vietnam (175), die deutschsprachige Auslandsdienste haben. Am schlimmsten ist die Medienlage in China (176), Syrien (177), Turkmenistan (178), Eritrea (179) und Nordkorea (180). Eritrea steht erstmals seit zehn Jahren nicht mehr auf dem letzten Platz. 2016 durften einige wenige ausländische Journalisten in das Land reisen und berichten, wenn auch unter strenger Aufsicht. Eritrea tauschte den Platz mit Nordkorea.

Aus Anlass des UN-Welttags gegen Straflosigkeit für Verbrechen an Journalisten am 2. November veröffentlicht Reporter ohne Grenzen auch eine Liste der Feinde der Pressefreiheit. Sie umfasste 2016 35 Staats- und Regierungschefs, Extremisten- und Verbrecherorganisationen sowie Geheimdienste. (<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/feinde/2016/>)

Dr. Hansjörg Biener